

VOLKS
BLATT | SPLITTER

Aus für Cruise und Cruz

LOS ANGELES – Erneut ist eine Hollywood-Beziehung in die Brüche gegangen: Die Schauspieler Tom Cruise und Penelope Cruz haben sich nach drei Jahren getrennt, wie ihre Sprecher bestätigten. Keiner der beiden habe einen neuen Partner, und sie blieben gute Freunde, sagte Cruises Sprecher Robert Garlock dem Magazin «People». Cruz' Sprecherin und Schwester, Lee Anne DeVette, erklärte, die Entscheidung sei bereits Ende Januar gefallen. Der 41-jährige Cruise und seine 29 Jahre alte Freundin hätten sich nicht im Streit getrennt, betonte DeVette. Die Schauspieler hatten sich 2001 bei den Dreharbeiten zu «Vanilla Sky» kennen gelernt. (AP)

Model für Calvin Klein

NEW YORK – Schauspielerin Hilary Swank wird Model für die neue Unterwäschekollektion von Calvin Klein. Swank sei perfekt für die Anzeigen, weil sie Schönheit und Sinnlichkeit vermittele, erklärte das Modemagazin in einer Stellungnahme. Die Bilder sollten sie auf eine Art zeigen, wie sie in ihrer Arbeit noch nicht zu sehen gewesen sei. Für ihre schauspielerische Leistung in dem Drama «Boys Don't Cry» wurde Swank 2000 mit dem Oscar als beste Hauptdarstellerin ausgezeichnet. (AP)

Winslet muss erneut viel Wasser ertragen

LOS ANGELES – Nach den Dreharbeiten zum Oscar-gekrönten Drama «Titanic» hat Schauspielerin Kate Winslet eigentlich keine Angst mehr vor Wasser. So fürchtete sie auch nicht eine Szene in ihrem neuesten Film «Eternal Sunshine of the Spotless Mind», in der sie mit Partner Jim Carrey in einem riesigen Spülbecken sitzen musste. Das Wasser war jedoch heiss und nach drei Stunden fühlte sich Winslet leicht benommen, wie sie sagte. «Ich kam heraus und fragte «Kann ich ein Glas Wasser bekommen?» Dann wurde ich bewusstlos.» (AP)

Schell leidet an Versagensängsten

WIEN – Den Schauspiel-Granden Maximilian Schell plagen auch nach über 50 Jahren Bühnenschaffens noch immer berufliche Versagensängste.

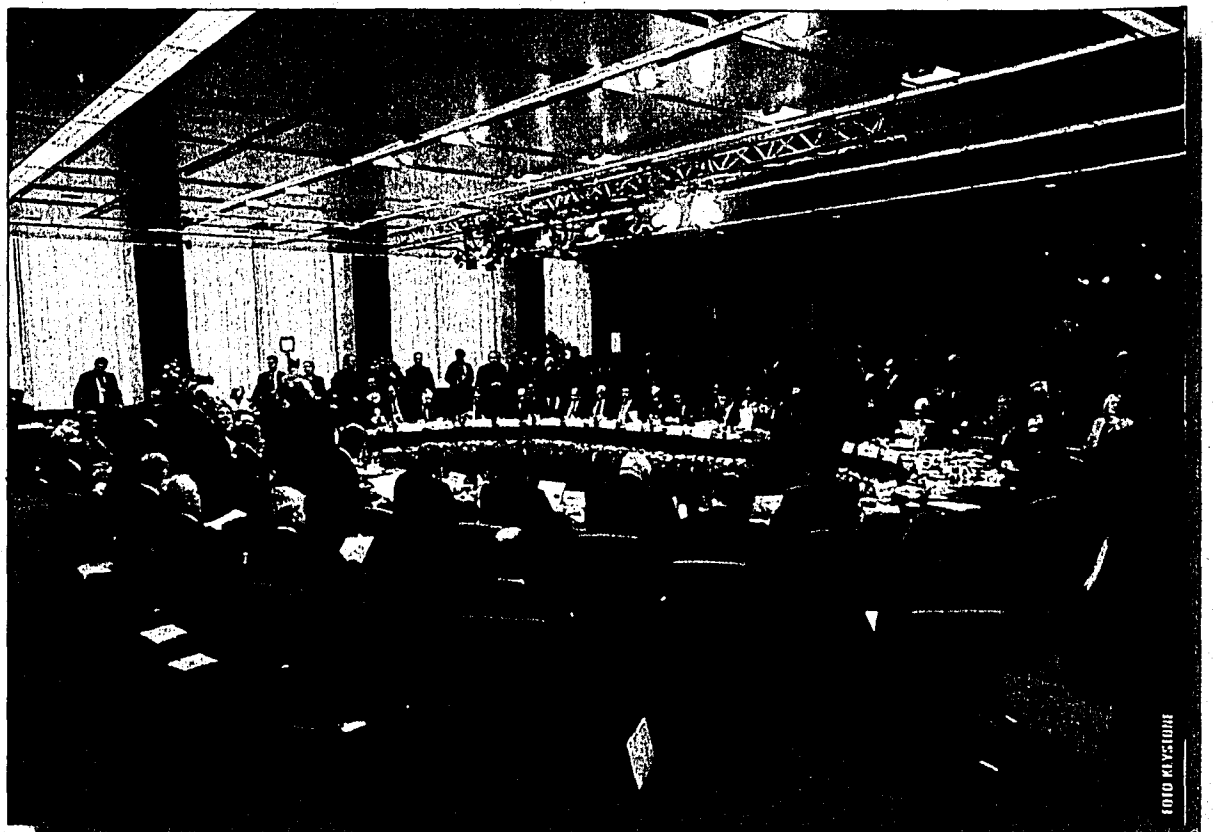
«Ich leide ununterbrochen an Alpträumen, hauptsächlich, dass ich den Text vergesse», sagte Schell am Donnerstagabend am Rande der Vorab-Premiere zu seinem neuen ARD-Film «Die Rückkehr des Tanzlehrers» in Wien. «Einer meiner Alpträume ist, dass ich in Edinburgh den Hamlet auf Englisch spiele und Gründgens führt Regie», verriet der Oscar-Preisträger. (AP)

In greifbarer Nähe

EU-Chefs wollen Einigung bis 17. Juni

BRÜSSEL – Fünf Wochen vor der historischen EU-Erweiterung gibt es eine klare Perspektive für eine europäische Verfassung.

Die EU-Staats- und -Regierungschefs beschlossen auf ihrem Gipfel in Brüssel die Wiederaufnahme der Verhandlungen und setzten für die Einigung eine Frist bis zum 17. Juni. Den Durchbruch machten Polen und Spanien möglich, die nach langer Blockade ihre Bereitschaft zum Einlenken signalisierten. Bundeskanzler Gerhard Schröder wertete den Gipfel am Freitag als einen «wirklichen Erfolg». Das Ergebnis zeige, «dass Europa sich bewegt, wenn man das will», sagte der Kanzler. Der EU-Ratsvorsitzende und irische Ministerpräsident Bertie Ahern und Kommissionspräsident Romano Prodi konstatierten nach dem Abendessen der EU-Chefs am Donnerstag ausreichende Kompromissbereitschaft in Sachen Verfassung. Es sei «immer noch eine Menge Arbeit zu erledigen», räumte Ahern ein. Prodi bezeichnete es als wünschenswert, dass noch vor den Wahlen zum Europaparlament am 13. Juni ein Konsens gefunden werde. Der französische Präsident Jacques Chirac sagte, er habe die Blockade nie als unüberwindbar betrachtet. Heute könne man realistischere eine Einigung erwarten. Der britische Premierminister Tony Blair verspürte ein «Gefühl der Einheit in Europa». Der polnische Ministerpräsident Leszek Miller führte die Atmosphäre der Einigkeit auf die Terroranschläge von Madrid zurück. Die Verhandlungen waren im Dezember in eine Sackgasse geraten,



Die EU-Staats- und -Regierungschefs beschlossen auf ihrem Gipfel in Brüssel die Wiederaufnahme der Verhandlungen und setzten für die Einigung eine Frist bis zum 17. Juni.

nachdem Polen und Spanien sich in der Frage des künftigen Abstimmungsmodus unnachgiebig gezeigt hatten. Nach dem Wahlsieg der Sozialisten in Spanien kündigte der designierte Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero eine Abkehr von der Blockadehaltung an. Wenig

später erklärte auch Polen Kompromissbereitschaft. Eine Einigung soll nun laut Ahern auf der Grundlage der von Frankreich und Deutschland favorisierten doppelten Mehrheit gefunden werden, die sich sowohl auf die Mitgliedstaaten als auch auf die Bevölkerung bezieht. (sda)

Berlusconi unter Zugzwang

Generalstreik in Italien – Protestkundgebungen im ganzen Land

ROM – Ein vierstündiger Generalstreik gegen die Rentenreform und den wirtschaftlichen Kurs der Regierung von Ministerpräsident Silvio Berlusconi hat Italien lahm gelegt.

Geschlossen blieben Postämter, Banken, Schulen und Universitäten. Auch im Nah- und Bahnverkehr kam es zu erheblichen Behinderungen. In den Spitälern gab es nur Notdienste. Laut den Gewerkschaften, die zu den Protesten aufgerufen hatten, haben sich Hunderttausende von Arbeitnehmer beteiligt. Die Proteste richten sich massgeblich gegen die Reformpläne des Mitte-Rechts-Kabinetts, das ab 2008 die Frühpensionen abschaffen will. Die geplante Renten-



Die Proteste richten sich massgeblich gegen die Reformpläne des Mitte-Rechts-Kabinetts, das ab 2008 die Frühpensionen abschaffen will.

reform soll zu Einsparungen im Volumen von 0,7 Prozent des italienischen Bruttoinlandsprodukts führen. Damit gilt sie als Schlüssel für eine Reduzierung des Schuldenbergs sowie des hohen Haushaltsdefizits des Landes. In beiden Punkten steht Italien in der Kritik seiner Partner innerhalb EU. Während die Gewerkschaften die Beteiligung von rund 300 000 Menschen von Mailand bis Messina als Erfolg werteten, spielte der Unternehmerverband Confindustria die Massenmobilisierung herunter. «Die Beteiligung am Streik ist niedrig, sehr niedrig.» «Unsere Angaben zufolge haben sich nicht mehr als 30 Prozent der Arbeitnehmer an der Protestaktion beteiligt», sagte der Industriellenchef D'Amato. (sda)

Kritik an US-Veto

UNO-Resolution ist gescheitert

NEW YORK – Mit heftiger Kritik haben die Palästinenser auf das Scheitern der UNO-Resolution reagiert, welche die gezielte Tötung des Hamas-Gründers Jassin verurteilen sollte.

Die USA hat im Sicherheitsrat mit ihrem Veto die Resolution verhindert. Der amerikanische Schritt stiess bei der Sitzung des UNO-Gremiums am Donnerstagabend (Ortszeit) in New York auch auf heftige Kritik von Seiten anderer muslimischer Staaten sowie von Russland. Für die Resolution stimmten 11 der 15 Sicherheitsratsmitglieder. 3 enthielten sich, darunter Deutschland und Grossbritannien. Washingtons UNO-

Botschafter John Negroponte warf den Entwurf als «einseitig», weil er Hamas nicht als Terrororganisation benenne. Neben der Verurteilung der gezielte Tötung des Hamas-Gründers Scheich Ahmed Jassin forderte die von Algerien eingebrachte Resolution auch ein Ende der Liquidierungspolitik durch Israel.

Als «nicht ausgewogen» kritisierte der deutsche UNO-Botschafter Gunter Pleuger den Text. Die deutsche Regierung habe Gewaltaktionen wie die gegen Scheich Jassin immer abgelehnt. «Dennoch fühlen wir uns verpflichtet, beide Seiten zu verurteilen», sagte Pleuger. Ein entsprechender Vorschlag sei aber abgelehnt worden. (sda)

++++ Zu guter Letzt... +++++

Wer die Messe schwänzt...

ROM – Papst Johannes Paul II. hat am Freitag die Gläubigen mit ungewöhnlich scharfen Worten zum Besuch der Sonntagsmesse aufgerufen. Zugleich warnte er vor einem «Verlust der eigentlichen Bedeutung des Sonntags». Das Wochenende dürfe nicht von Unterhaltung und Sport dominiert werden, sagte das 83-jährige Oberhaupt der katholischen Kirche in einer Rede vor australischen Bischöfen, die zu Besuch in den Vatikan gekommen waren. Mit dem Verzicht auf den sonntäglichen Kirchgang würden die Menschen «in einem derart en-

gen Horizont gefangen bleiben, dass sie nicht mehr den Himmel sehen können», sagte Johannes Paul II. Dies sei Anlass zu grosser Besorgnis. (sda)



ANZEIGE

VOLKSGARD
GÜNDTIGER GIBT'S NICHT

VOLKS
MIETE MICH FÜR 20 FRANKEN

Weitere Infos
www.volksgard.ch

Profitieren Sie als
VOLKSGARD-Abonnent
von Vorzugspreisen